

Der Präsident

**HDE e.V.** | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Frau  
Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

**Handelsverband  
Deutschland (HDE) e.V.**  
Am Weidendamm 1A  
10117 Berlin

[hde@einzelhandel.de](mailto:hde@einzelhandel.de)  
[www.einzelhandel.de](http://www.einzelhandel.de)

**Kontakt**

Stefan Genth  
**T** +49 30 726250-10  
**F** +49 30 726250-19  
[genth@hde.de](mailto:genth@hde.de)

**Coronavirus-Pandemie: harter Lockdown**

08.12.2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die aktuelle Entwicklung der Coronavirus-Pandemie und die in einigen Hotspot-Regionen nach wie vor steigenden Infektionszahlen erfüllen uns mit großer Sorge. Es ist in unser aller Interesse, das Infektionsgeschehen durch effektive und zielgerichtete Maßnahmen rasch wieder unter Kontrolle zu bringen. Dazu leisten wir im Einzelhandel mit der konsequenten Umsetzung umfassender Hygienekonzepte einen wichtigen Beitrag. Die uns vorliegenden Daten zu den aktuellen Infektionszahlen unter den Beschäftigten des Einzelhandels belegen, dass diese Konzepte greifen und der Einzelhandel – unabhängig von der Größe der Verkaufsfläche – nachweislich kein Infektionshotspot ist. Insofern sprechen wir uns klar gegen eine erneute Schließung von Teilen des Einzelhandels aus.

Eine Schließung des Non Food-Handels hätte für den aufgrund der bisherigen Corona-Beschränkungen bereits stark existenzgefährdeten innerstädtischen Handel und insbesondere für den Mittelstand fatale wirtschaftliche Folgen. Die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr ist neben der Woche vor Heiligabend die umsatzstärkste Zeit des Weihnachtsgeschäfts, die bis zu einem Viertel des Jahresumsatzes ausmachen kann. Der Nonfood-Handel würde bis zu 1 Mrd. € Umsatz pro Tag verlieren.

Bei einer politischen Entscheidung, in Hotspots oder flächendeckend in ganz Deutschland einen verschärften Lockdown unter Einbeziehung des Einzelhandels durchzuführen, wäre es daher von unabdingbarer Bedeutung, wenn überhaupt, dass Läden frühestens nach dem 24.12.2020 für einen vorab klar definierten und überschaubaren Zeitraum geschlossen werden.

Um einen Flächenbrand in unseren Innenstädten zu verhindern, muss klargestellt werden, dass die von einer Schließung betroffenen Einzelhändler zwingend analog zur Gastronomie in den Monaten November und Dezember für den Schließungszeitraum im Dezember und Januar entschädigt werden.

Um eine möglichst geordnete Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes zu gewährleisten und Panikkäufe zu vermeiden, wäre es von größter Wichtigkeit, dass eine solche Entscheidung nicht überraschend bzw. kurzfristig getroffen wird, sondern mit ausreichend zeitlichem Vorlauf.

Der Einzelhandel hat deutlich bewiesen, dass sicheres Einkaufen unter Einhaltung aller Hygiene- und Abstandsvorschriften auch in Zeiten der Pandemie möglich ist. Daher wäre eine erneute Schließung nicht nur unverhältnismäßig, sondern mit Blick auf mögliche Panikkäufe auch kontraproduktiv.

Wir wären Ihnen daher sehr verbunden, wenn Sie unsere Hinweise in Ihren weiteren Beratungen berücksichtigen würden und stehen Ihnen jederzeit für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Sanktjohanser



Stefan Genth

Gleichlautendes Schreiben geht an:  
BM Peter Altmaier, MdB